

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage.
Bezugspreis: Vierteljährl. 1 M. 50 Pf. (ohne Bestellgeld).

Post-Bestellnummer 6858.

Bei außerdeutschen Postanstalten laut Zeitungs-Preisliste.
Einzelnnummer 10 Pfennige.

**Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit.**

Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, Pillnicher Straße 43.

Inserate
werden die Gespaltene Zeile oder deren Raum mit 15 Pf.
berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.

Redaktions-Sprechstunde: 11—1 Uhr.

Fernsprecher: Amt I. Nr. 1366.

Nr. 168.

Katholiken: Anna.

Sonntag, den 26. Juli 1903.

Protestanten: Anna.

2. Jahrgang.

Die Herren Engländer

sind außerordentlich liebenswürdig gegen uns. Das englische Unterhaus hat uns am Donnerstag sogar eine sehr eingehende Verhandlung gewidmet, die von der Bedeutung, welche man in England den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich beilegt, in sehr schmeichelhafter Weise Zeugnis gibt. Nicht als ob die verschiedenen Redner alleamt darauf ausgegangen wären, uns mit angenehmen Reden um den Bart zu gehen. Aber es ist manchmal noch schmeichelhafter, unfreundliche als freundliche Dinge zu hören.

Die armen Engländer! Sie klagen zum Steinerweichen, daß ihr Vaterland das „Opfer“ einer angriffsstüchtigen Politik Deutschlands geworden sei. Verwundert reiben wir uns die Augen und fragen uns, wo denn in aller Welt Deutschland den Briten eine so schwere, wenn auch nur diplomatische Niederlage beigebracht habe. Haben wir denn unsere eigenen „Siege“ ganz verschlafen? Man möchte noch nachträglich Respekt vor sich selbst bekommen, wenn man von der Thronsaal aus befehrt wird, mit welcher überlegenen Schlauheit wir John Bull irgendwo um irgendwas geprellt haben. Anscheinend soll damit auf das deutsch-englische China-Abkommen hingeezielt werden. Merkwürdig, wie die Engländer diesem Abkommen eine so hohe Bedeutung beilegen und sich den Anschein geben können, als wenn England dabei von Deutschland überes Ohr gehauen worden sei. Wir in Deutschland haben uns derartiges nie eingebildet; ja, wir waren bisher geneigt, jenes Abkommen als eine recht unbedeutende Episode zu betrachten, an die bei uns kaum noch gedacht wird. Wenn das englische Ministerium sich im Unterhause gegen den Vorwurf, daß es sich von Deutschland habe hereinlegen lassen, zur Wehr setzte, so geben wir ihm dazu gern unseren Segen. Und wenn der Unterstaatssekretär Cranborne auch noch den Sanfivar-Vertrag anführte, mit dem England doch gewiß nicht unzufrieden zu sein braucht, so hat er auch hierin vollkommen Recht; die Genesführten waren bei jenem Vertrag nämlich wir, nicht die Engländer, die Sanfivar, den Schlüssel von Ostafrika, nebst Witu genommen und dafür nur Helgoland hergeben.

Aber die englischen Regierungsvorsteher haben am Donnerstag auch einiges andere gesagt, das wir nicht widerprochen lassen können. Und das bezieht sich auf den deutsch-kanadischen Zollstreit. Die Herren Cranborne und Chamberlain behandelten diese Angelegenheit gerade so, als wenn es gar kein englisches Manbuch gegeben hätte. Diese Sammlung von Aktenstücken hat den unzweifelhaften Beweis geliefert, daß das deutsche auswärtige Amt sich in der ganzen Streitfrage durchaus korrekt, ja entgegenkommend und langmütig im höchsten Grade gegenüber Kanada und England benommen hat. Die englischen Minister beharren eigenständig dabei, daß die Zollfragen zwischen Kanada und England eine innere Angelegenheit Englands seien, die Deutschland kein Recht gäben, Vergeltung zu üben, wenn es nicht mehr dieselbe Behandlung wie England geniesse. Es ist aber ein allgemein anerkannter Grundsatz, daß Kolonien selbständige Zollgebiete sind — wir behandeln auch unsere deutschen Kolonien, so unmißverständlich sie auch sind, als Ausland — und dies gilt erst recht, wo eine Kolonie so selbständig ihre Handelsbeziehungen regeln kann, wie die alten englischen Kolonien. Wenn Kanada zollpolitisch zu England gehörte, dann hätte Deutschland, als Kanada die Weisbegünstigung durch sein eigenes Vorgehen verlor, nicht nur gegen Kanada, sondern gegen England selbst mit all seinen Kolonien den höheren Tarif anwenden müssen. Deutschland aber setzte diesen Tarif nur gegenüber Kanada in Kraft. Aber was sind Vernunftgründe für die Engländer in ihrer jetzigen Stimmung? Sie wollen den Zollkrieg, wenn Deutschland nicht einfach den unberechtigten englischen Ansprüchen sich unterwirft. Das geht aus den im Unterhause gehaltenen Reden, den Drohungen mit Vergeltung klar hervor. Einen Handelsvertrag sollen wir mit England nur haben, wenn wir kein begeben. Offentlich fündet unsere Regierung darauf die richtige Antwort. Wir haben den Handelsvertrag nicht nötiger als die Engländer! Und selbst unsere Freihändler müssen anerkennen, daß die Engländer, insbesondere die Herren Chamberlain und Genossen, die bei dieser günstigen Gelegenheit zum Schutzoll übergehen möchten, im Unrechte sind. Die Regierung ist also stark genug; sie hat das ganze Volk hinter sich.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ueber die Bedeutung des Papstwechsels hatte die „Voss. Ztg.“ geschrieben: „Ob ein Papst stirbt und ob ein anderer von vielleicht entgegengesetzten Anschauungen an seine Stelle tritt, übt auf den Gang der großen Schicksale der Menschheit keinen Einfluß aus.“ Die „Kreuzzeitung“ schreibt dazu: „Die Geschichte des Papsttums und der Menschheit scheint der „Voss. Ztg.“ wenig bekannt

zu sein. Dort kennt man nur eine Geschichte des Professorentums und der Wissenschaft; freilich auch diese nur oberflächlich. Die Jahreszeit und der politische Klagen jammer mögen solchen Trostgedanken in freisinnigen Kreisen günstig sein. Bleib sind sie trotzdem!“

Von den Reichstagswahlen. Die „Chemn. Allg. Ztg.“ bringt folgende interessante Zusammenstellung: Landwirtschaftlich verteilen sich diese Gruppen auf das Deutsche Reich folgendermaßen:

	Arch.	Mont.	Merk.	Über.	Viber.	West.
Ostelbisches Gebiet	4	60	30	4	11	17
Elbe-Weiser-Gebiet	—	12	18	17	8	16
Mitteldeutschland	5	—	2	9	6	29
West- und Südwest-						
deutschland	3	2	40	12	6	8
Süddeutschland	6	2	42	10	6	11

In Ostelbien überwiegt die konservative Rechte (47,6 Proz. aller Wahlkreise), im Elbe-Weisergebiet halten sich liberale Mitte, liberale Mitte und äußerste Linke nahezu die Wage, in Mitteldeutschland überwiegt die Sozialdemokratie ganz bedenklich (nahezu 57 Proz.), in West-, Südwest- und Süddeutschland hat das Zentrum die vorherrschende Stellung (60 bzw. 54,4 Proz.).

Zur Wahlrechtsreform in Sachsen geht der „Kreuzzeitung“ eine Zuschrift zu, in welcher gegenüber Auslassungen in der liberalen Presse festgestellt wird, das Ministerium v. Wegisch nicht erst seit dem Anfall der Reichstagswahlen an einen Rücktritt gedacht habe, sondern daß er bereits am 7. Februar 1902 dem König Albert sein Entlassungsgesuch unterbreitet habe. Die inzwischen im sächsischen Königshaus eingetretenen Ereignisse, welche dem neuen Herrscher einen erfahrenen, mit den Amtsgeschäften vertrauten ersten Ratgeber zur Unentbehrlichkeit gemacht hätten, hätten ihn veranlaßt, den Gedanken an einen Rücktritt einstweilen in den Hintergrund treten zu lassen.

Attentatsgerichte gehören zu den allkommerziellen Erscheinungen und erweisen sich glücklicher Weise fast immer als unrichtig. Dieser Tage wurde, wie berichtet, aus Amerika gemeldet, die Chicagoer Polizei habe ein Komplott gegen Kaiser Wilhelm aufgeföhrt und daher die Berliner Polizei gewarnt. In der Tat war eine solche Warnung ergangen, und die Berliner Behörden mußten daher pflichtgemäß die Angelegenheit untersuchen. Dabei hat sich aber der „Presse-Korr.“ zufolge ergeben, daß keine Veranlassung besteht, jene Nachricht von einem geplanten Attentat ernst zu nehmen.

Ein wahrhafter Liberaler. Ein Herr Leinenweber hat an einen Hauensteiner Schälwaldbauern folgende Postkarte geschrieben: „Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß ich Ihre Rinden nicht mehr gebrauchen kann, da ich mehr bekommen habe, als ich nötig habe. Achtungsvoll Louis Leinenweber. NB. In Hauenstein kaufe ich keine Rinden mehr und brauchen Sie mir keine Rinden mehr zu machen. Ich kaufe hier bessere Rinden als dort und berücktsichtige in Zukunft meine Wähler beim Einkauf.“ Dazu schreibt der „Pfalz-Kurier“: „Ein Bild in das amtlich festgestellte Reichstagswahlresultat für Zweibrücken-Firmasens belehrt uns, daß für Herrn Louis Leinenweber in Hauenstein allerdings nur eine Stimme abgegeben wurde. Grund genug für einen „wahrhaft liberalen“ Volksvertreter — so nannte man doch wohl Herrn Leinenweber vor der Wahl? — wählische Schälwaldbauern mit dem ganzen Jörn eines kommerziellen Fabrikanten zu verfolgen. Arme Bauern! Oder am Ende gar: Armer Leinenweber?“

Zum Rotstand in Schlesien. Die „Berliner Korrespondenz“ meldet: Das Staatsministerium trat zu einer Sitzung zusammen, in welcher unter anderem über die großen Schädigungen beraten wurde, welche die Provinz Schlesien neuerdings durch Hochwasser erlitten hat. Das Staatsministerium war einstimmig der Ansicht, daß bei dem Umfange des Schadens der Staat mit außerordentlichen Mitteln zur Hilfe zu kommen habe, sofern, wie leider zu erwarten ist, die Höhe des Schadensbetrages die Kräfte der Provinz übersteigt. Für die erforderlichen Maßnahmen sind die nötigen Staatsmittel ungezählt zur Verfügung gestellt.

Sozialpolitisches. Folgender Vergleich katholischer und protestantischer sozialer Tätigkeit wird von den protestantischen „Kirchlich sozialen Blättern“ in ihrer Juli-Nummer gezogen: „Es liegt ein Vorwurf in der Tatsache, daß der Volksverein für das katholische Deutschland bereits 28 Arbeitersekretariate errichtet hat und eifrig für die Organisation der Arbeiterschaft auf christlicher Basis wirkt, während seitens der evangelischen Christenheit klagend und jammernd, aber tatlos zugehört wird, wie ganze Verhältnisse, so namentlich bei uns die Maurer und Zimmerer, immer mehr in die sozialdemokratische Organisation hinein gehen und dort ihren Glauben und ihre Vaterlandsliebe einbüßen.“

Verlegung der Kongo-Akte. Der Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, richtete an den Reichskanzler eine Ein-

gabe, in der er über die Verletzungen der Kongo-Akte seitens des Kongo-Reiches zum Schaden des deutschen Handels Klage führt.

Der nächste internationale Sozialistenkongreß, der im Herbst in Antwerpen stattfinden soll, wird sich mit folgenden Gegenständen zu befassen haben: Generalstreik, internationale Regelung der sozialistischen Politik, Gewerkschaft und Politik, internationale Schiedsgerichte, Kolonialpolitik, Erntes und Arbeitslosigkeit, nationale Gesetzgebung über internationale Ein- und Auswanderung. — Interessant sind die Temata an sich, sagt die „Antioz-Korr.“, aber bei der Behandlung durch die „Genossen aller Länder“ wird nicht viel dabei herauskommen.

Oesterreich-Ungarn.

Als Nachfolger Mallans wird der österreichische Gesandte in Athen Dr. Furian genannt. — In Agram wurden 6 junge Leute unter dem Verdacht verhaftet, Urheber der letzten Dynamitanschläge zu sein.

Wien steht noch immer unter dem Eindruck der erschütternden Nachricht aus Rom; dies zeigt deutlich die Teilnahme aller Gesellschaftskreise an den Trauerkundgebungen für Leo XIII. Auf der Kautiaturliefen Kondolenzbesuchen aus allen Teilen der Monarchie ein. Besonders groß ist die Teilnahme des diplomatischen Klerus und des Klerus. Sehr viele kondolierten persönlich. — Namens der christlich sozialen Vereinigung ist eine Beileidsbesuche an Kardinal Amerlengo Creglia abgegangen. — Dr. Unger hat persönlich an Kardinal Rampolla eine Kondolenzbesuche abgeandt. — Der Stadtrat hielt eine außerordentliche Trauer Sitzung. — In den Kirchen werden Trauergottesdienste gehalten. Die Stephanskirche ist im ganzen gewaltigen Innern schwarz drapiert. Im Mittel schiff erhebt sich ein 6 Meter hohes castrum doloris, von 300 brennenden Kerzen umgeben.

Liberaler Blätter berichtet, daß zum österreichischen Justizminister Abg. Dr. v. Derichatta gemacht werden soll. Genannter Herr ist einer der ärgsten „Los von Rom“-Stürmer der Gegenwart. — Den künftigen Präsenzstand der österreichisch-ungarischen Armee nach Einführung der zweijährigen Dienstpflicht berechnet die „N. Nr. Pr.“ nach Angaben, die sie als zuverlässig bezeichnen, auf 365 000 Mann gegen den gegenwärtigen Stand von 311 000 Mann. Die Zahl der jährlich auszubehenden Rekruten wird von 103 000 auf 174 000 Mann steigen.

Husdemonstrationen. Die „Bohemia“ meldet: Einem Budweiser tschechischen Blatte zufolge fand Sonntag während des Gottesdienstes in der Marienkirche zu Budweis eine Husdemonstration seitens der zur Teilnahme am Gottesdienste kommandierten Mannschaften des Infanterie-Regiments Nr. 28 statt. Als der Geistliche nämlich in seiner Predigt auch auf Hus zu sprechen kam und die historische Geschichte des tschechischen Führers erzählte, machte sich unter den Soldaten eine so lebhaft Bewegung und Unruhe bemerkbar, daß sich der Geistliche veranlaßt sah, dieses Thema zu verlassen. Als er später abermals auf Hus zu sprechen kam, wiederholten sich die Demonstrationen, bis der kommandierende Hauptmann Ordnung schaffte. Am nächsten Tage kam die Angelegenheit im Regimentsbefehl zur Sprache. Der Mannschaften wurden derartige Kundgebungen verwiehen. Man sieht bereits die Früchte der Husfeier.

Rom.

Liberaler Berichterstattung. Der hiesige Korrespondent der Wiener „N. Nr. Pr.“ weiß zu berichten: „Der Kardinal Rampolla wünscht keineswegs sogleich nach Leo XIII. Papst zu werden. Dem nach der gewaltigen Erscheinung eines Leo XIII. müßte er natürlich verdammt werden. Wie weiß sich der Schlang also zu helfen? Er wird sich bemühen, die Wahl eines möglichst alten Kardinals durchzusetzen, der natürlich mehr geführt wird, als daß er selbst führt, und weiter den eminenten Vorteil bietet, daß man nach wenigen Jahren auf ein neues Konklave hoffen darf. Dann mag sich Rampolla mit Gemütsruhe wählen lassen, denn die hebre Gehalt Leos ist schon ein wenig verbläht.“ — Da solche Pläne des Kardinals keineswegs so rühmlich wären, daß er sie anderen, vielleicht gar einem Mitarbeiter der „N. Nr. Pr.“ gerne eröffnen würde, so bleibt nichts anderes übrig, als daß der Journalist die belagte Meldung einfach — aus den Fingern gesogen hat. Natürlich wird sie geklaubt, schon deshalb, weil sie einen Kardinal so läßlich verächtlich.

Rußland.

Es ist ein Gesetz erschienen, nach dem die bisher autonom verwalteten armenisch-gregorianischen Kirchengüter in die Verwaltung des Staates übergehen und die Güter und Fonds dieser Kirchen, die bisher den Schutzbetrieb dieser Konfession sicherstellten, dem Ministerium für Volksaufklärung überwiehen werden.

Nach einer Meldung des Telegraphenbureau Asien sollen die Japaner nicht gewillt sein, sich ihre wirklichen oder eingebildeten Rechte irgendwie verkürzen zu lassen. Sie sammeln Vorräte und unterhandeln über den Ankauf von weiteren Schiffen für ihre vor Vladivostok liegendes